

# Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zlotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowice mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-spaltene mm-ZL für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltene mm-ZL im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 8

Freitag, den 16. Januar 1931

49. Jahrgang

## Vorschau auf Genf

Die Aufgabe der deutschen Delegation — Eine Untersuchungskommission für Oberschlesien  
Frankreich befürchtet Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund

Berlin. Die deutsche Delegation hat Berlin verlassen und ist im Laufe des Donnerstag in Genf eingetroffen. Die erste Woche ist der Europa-Konferenz vorbehalten, die die Pan-europa-Frage programmatisch und organisatorisch erörtern und eine Verständigung und Annäherung der europäischen Nationen anbahnen soll. Vor allem ist dabei an die wirtschaftlichen Beziehungen gedacht. Es wird aber eine Aufgabe auch gerade der deutschen Delegation sein, darauf zu dringen, daß die politische Seite dabei nicht zu kurz kommt. Im übrigen hat Deutschland kein sonderliches Interesse, dem ganzen Pan-europa-Plan, hinter dem letzten Endes französische Hegemoniegedanken stehen, mit größerem Eifer zur Verwirklichung zu verhelfen als die übrigen europäischen Staaten, die sich mit großer Skepsis zu dem Briand'schen Projekt geäußert hatten. Wie schon bei der Europa-Konferenz vor einigen Monaten, wird Deutschland hierbei zurückhalten und Briand's Pläne nur soweit fördern helfen, als es den deutschen Interessen wünschenswert erscheint.

Im übrigen werden die ersten Tage der deutschen Delegation Gelegenheit geben, sich mit der polnischen Antwortnote zu beschäftigen. In Berlin war die Note bis zur Abreise der Delegation noch nicht eingetroffen. Aus dem Auszug, den der „Istka“ verbreitet hat, geht hervor, daß sie auf einen viel härteren Ton gestimmt ist, als die Rede des Außenministers Jaleski.

Wie die Verhandlungen auslaufen werden, ist nicht zu übersehen. Das deutsche Anlagematerial ist so vielseitig und so ausgiebig. Man muß aber die politische Stimmung in Rechnung stellen, die in den maßgebenden ausländischen Staaten Polen günstiger ist als Deutschland.

Deshalb ist damit zu rechnen, daß der Völkerbundsrat sich nicht zu einem sofortigen Spruch entscheiden wird, sondern sich aus eine Untersuchung durch eine Kommission vornehmen lassen wird, der Polen seine nach den Völkerbundsbestimmungen erforderliche Zustimmung nicht gut versagen könnte. Erforderlich ist die Zustimmung deshalb, weil die Untersuchung auf polnischem Gebiet erfolgt.

Es wird, wenn es zu einem solchen Beschlusse kommt, Aufgabe der deutschen Delegation sein, Garantien dafür zu verschaffen, daß die Untersuchungskommission wirklich unparteiisch verfährt und daß Polen ihr alle nötigen Einblicke in die der Beschwerde zugrunde liegenden Vorgänge ermöglicht.

Der gegebene Untersuchungsausschuss wäre zweifellos die Gemischte Kommission unter Vorsitz des Präsidenten Calonder, dessen Unparteilichkeit von niemandem, am wenigsten von den Polen, bezweifelt werden wird.

### Will Deutschland aus dem Völkerbund austreten?

Nach der Unterredung Briand-Hoersch.

Paris. Ueber den Inhalt der Unterredung, die der deutsche Botschafter von Hoersch am Dienstag mit Briand hatte, schreibt Herting im „Echo de Paris“, daß der deutsche Botschafter den französischen Außenminister über die Forderungen der Reichsregierung in Genf unterrichtet habe. Es habe den Anschein, als ob Deutschland damit drohe, sich ernstlich mit dem Völkerbund in Zwiespalt zu setzen, falls es keine Genugtuung erhalte. Wenn sich die Reichsregierung aber mit der Hoffnung trage, daß diese Genugtuung in der Einziehung eines ständigen Minderheitenausschusses bestünde, der zu jeder Zeit an Ort und Stelle Untersuchungen einleiten könne, so müsse man annehmen, daß sie absichtlich darauf hinarbeite, daß man in Zukunft eine in jeder Beziehung anders geartete Politik einschlage als diejenige, die man als Genfer Politik bezeichne. Das „Journal“ betont, daß man der Unterredung Briand's mit dem deutschen Botschafter umso größere Bedeutung beimesse, als man unbedingt vermeiden wolle, daß die Aussprache über die deutsch-polnischen Zwischenfälle aus dem Rahmen der Minderheitenfrage falle. Die polnisch-französische Zusammenarbeit sei gesichert. Der englische Außenminister Henderson, der am Mittwoch nachmittag in Paris eintrifft, wird voraussichtlich Gelegenheit nehmen, vor seiner Weiterreise nach Genf mit Briand Rücksprache zu nehmen.



### Für eine Herabsetzung der europäischen Kriegsschulden

hat sich der Präsident der Chase National Bank, Albert Wiggin, in dem Jahresbericht dieser größten Bank der Welt ausgesprochen: erst die übersteigerte Anschaffung von Dollars zur Abdeckung der Schulden an Amerika habe die augenblickliche schwierige Wirtschaftslage herbeigeführt.

### Jaleskis Vorarbeit

Unterredung mit dem rumänischen und südslawischen Außenminister.

Genf. Im Laufe des Mittwoch fand hier eine längere Unterredung des polnischen Außenministers Jaleski mit dem rumänischen und südslawischen Außenminister statt. Am Donnerstag wird ein Protokoll über die Verlängerung des polnisch-rumänischen Freundschafts- und Schiedsvertrages auf fünf weitere Jahre unterzeichnet werden.

### Henderson in Paris

Paris. Der englische Außenminister Henderson ist auf seiner Reise nach Genf am Mittwoch nachmittag in Paris eingetroffen, wo er am Bahnhof von einem Vertreter des französischen Außenministeriums empfangen wurde. Henderson wird noch am Mittwoch abend eine Unterredung mit Briand haben.

### Amerika erwartet Völkerbundseingreifen in Liberia

Newyork. In Washingtoner politischen Kreisen erwartet man, daß der Völkerbundsrat die Entsendung einer Kommission nach Liberia beschließen wird, deren Aufgabe es wäre, die Durchführung der zur Abschaffung der Sklaverei in der Negerepublik notwendigen Maßnahmen zu überwachen. Die Washingtoner Regierung sei bereit, sich an der Völkerbundsaktion zu beteiligen. Eine entsprechende Erklärung Stimson's sei in den nächsten Tagen zu erwarten.

### Für Herabsetzung der deutschen Tributlasten

Newyork. Der Gouverneur von Maryland Ritchie, der als aussichtsreichster demokratischer Anwärter für die Präsidentschaftswahl im Jahre 1932 gilt, sprach sich in Annapolis erneut für eine wohlwollende Behandlung des internationalen Schuldenproblems aus. Er betonte, daß Amerika nicht gedeihen könne wenn Europa darde. Die Herabsetzung der deutschen Tributlasten und der interalliierten Kriegsschulden sei im Interesse des Fortschritts Amerikas notwendig.

London. Auf einem Frühstück erklärte Balfour, eine baldige vernünftige Regelung des Problems der interalliierten Schulden und der Reparationen sei das dringende Gebot der Stunde. Gewaltige Summen von einem Lande an das andere zu überweisen, ohne entsprechenden Gegenwert zu empfangen, müsse die Währungen und den Handel auf das Schwerste gefährden. Das System der Arbeitslosenunterstützung sei auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Eine Wiederbelebung der Eigenverantwortlichkeit und Herabsetzung der Steuern sei notwendig, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

## Eine Sowjetnote zur Abrüstung

Forderungen Außlands an die Mächte

Moskau. Die Botschafter und Gesandten der Sowjetunion haben am Mittwoch allen Regierungen, die zu Sowjetrußland diplomatische Beziehungen unterhalten, eine Note überreicht. Unter Hinweis darauf, daß der Völkerbundsrat wahrheitsgemäß mit der Beratung über die geplante Abrüstungskonferenz befaßt werde, wird hervorgehoben, daß der Erfolg der Konferenz von der Gleichberechtigung aller Beteiligten abhängt. Diese Gleichberechtigung sei in der vorbereitenden Abrüstungskommission in bezug auf die Sowjetdelegation nicht eingehalten worden, und zwar hauptsächlich durch das parteiische Vorgehen des Präsidenten der Kommission. Das taktlose Benehmen des Präsidenten der Kommission sei hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß er einem Staate angehört, der keine normalen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte. Deshalb sei die Sowjetregierung gegen die Wahl eines Präsidenten, der einem Lande angehört, das nicht mit allen an der Konferenz beteiligten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalte. Ferner sei die Sowjetregierung der Ansicht, daß der Präsident nicht einem Lande angehören könne, das eine sich immer mehr entwickelnde Kriegsindustrie unterhalte und deshalb wirtschaftlich an einer Abrüstung nicht interessiert sein könne. Weiter wird gegen die etwaige Wahl von Genf als Tagungsort Einspruch erhoben, da dort eine ausgesprochen sowjetfeindliche Atmosphäre herrsche und keine diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Schweiz bestehe. Zum Schluß wird betont, daß der Präsident auf der Grundlage der Gleichberechtigung von allen beteiligten Mächten gewählt werden müsse und nicht von einer Organisation, der nicht alle Staaten angehörten.

Frankreich durch Abwarten bessere Bedingungen zu erreichen. England habe sich eher in der Lage eines Gläubigerstaates als in der Lage eines Schuldnerstaates befunden. Es hätte deshalb eine Konferenz für die Lösung der gesamten interalliierten Schuldenfrage einberufen sollen. Das Abkommen mit England mache es Amerika unmöglich, anderen Staaten weiter entgegenzukommen. Auf Baldwin's Voreiligkeit sei ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten zurückzuführen. Hätte man die interalliierten Schulden an Großbritannien und Englands Anteil an den deutschen Reparationen an Amerika abgetreten, wie es die Balfour-Note vorgeschlagen, so würde die Lage heute viel klarer sein.



Leon Jessel

der Komponist der „Parade der Zinnsoldaten“ und der reizenden Operette „Schwarzwaldbädel“, wird am 22. Januar 60 Jahre alt.

### Vorwürfe Lloyd Georges gegen Baldwin in der Schuldenfrage

London. In einem Artikel im „News Chronicle“ wiederholt Lloyd George seine Vorwürfe gegen des von Baldwin getroffene englisch-amerikanische Schuldenabkommen, das durch die Aufrollung der Revisionsfrage erneut in den Vordergrund des Interesses getreten ist. Baldwin habe übereilt gehandelt und England um 5-6 Milliarden schlechtere Bedingungen auferlegt, anstatt wie Italien und





